



In ein Gesundheitssystem für alle investieren: "Solidarität verbreiten, nicht das Virus"

Die Pandemie von COVID-19 zeigt uns:

Wir brauchen ein starkes, auf Solidarität gegründetes Gesundheitssystem für alle. **Diese Krise ist nur die Spitze des Eisbergs. Seit mehreren Jahren sind die Gesundheitssysteme der europäischen Mitgliedstaaten starken Angriffen durch Privatisierung, Kommerzialisierung, Unterfinanzierung und Regionalisierung ausgesetzt, die von der Europäischen Union durch Sparmaßnahmen bei den Gesundheitsausgaben durchgesetzt wurden.**

Wir fordern

eindringlich unsere Entscheidungsträger auf, dafür zu sorgen, dass unser Gesundheitssystem und unser Gesundheitspersonal in der Lage sind, den Bedürfnissen der Bevölkerung durch ein starkes umfassendes öffentliches Gesundheitssystem gerecht zu werden, das vor Gewinnerwartungen und dem Appetit kommerzieller Unternehmen geschützt ist.

Private kommerzielle Unternehmen nutzen die Knappheit während dieses Ausbruchs aus und verkaufen grundlegendes medizinisches Schutzmittel an den Höchstbietenden, während sie gleichzeitig der Bevölkerung Angst einflößen.

Länder wie die des afrikanischen Kontinents verfügen aufgrund knapper Personalressourcen im öffentlichen Gesundheitswesen und begrenzter finanzieller Mittel nur über schwächere Gesundheitssysteme.

Überall sind die Beschäftigten in den Gesundheitseinrichtungen viel mehr als die allgemeine Öffentlichkeit exponiert und gehen ein besonderes Risiko ein, wenn sie weiterhin an der Front dieses Ausbruchs tätig sind.

Lasst uns gemeinsam für ein starkes, umfassendes, öffentlich finanziertes Gesundheitssystem kämpfen, das in der Lage ist, mit Gesundheitskrisen heute und morgen fertig zu werden.

Aus dem **Aufruf für den Aktionstag am 7.4.2020** (Trägerkreis: <http://europe-health-network.net/>, <https://phmovement.org/>, <https://www.epsu.org/>, www.altersummit.eu, <https://www.medact.org/>; von 160 Organisationen, u.a. Attac DE, unterstützt) - Text auf Deutsch: <http://www.altersummit.eu>

Attac Hamburg <https://attac.hamburg/> unterstützt diesen Aufruf

Mit der steigenden Zahl von Infizierten durch das Corona-Virus wachsen auch persönliche Ängste und die Sorge um uns nahestehende Menschen. Gleichzeitig erleben wir aus der Not geborene **Solidarität** und Menschen, die tatkräftig der Krise trotzen.

Zur gesellschaftlichen Solidarität gehört aber auch eine **öffentliche Daseinsvorsorge, die allen Menschen zugutekommt**.

Der soziale und gesundheitliche Notstand erfordert sofortige Reaktionen.

Die Beschäftigten im **Gesundheitssektor und im Krisenmanagement** der Kommunen leisten Übermenschliches, um trotz fehlender Ressourcen Menschen zu versorgen und die lokale Infrastruktur sicherzustellen.

Wir müssen jedoch befürchten, dass unser herunter gespartes Gesundheitssystem, das bereits im Normalbetrieb überlastet ist, nun in der Krise zu kollabieren droht.

Gefährdete Bevölkerungsgruppen, vor allem älteren Menschen und/oder bereits Kranke, dürfen nicht aus Mangel an Mitteln in unserem Gesundheitssystem geopfert werden!

Laut ver.di fehlten in Deutschland 2018 in den Krankenhäusern ca. 80.000 Pflegekräfte. Das System funktioniert nur noch, weil die Beschäftigten vielfach über ihre Belastungsgrenzen hinausgehen. Eine „würdevolle Pflege“ ist unter diesen Bedingungen kaum noch möglich. Doch die Bertelsmann-Stiftung fordert in einer Studie die [Schließung weiterer Krankenhäuser](#). **Zentrale Ursache der Probleme ist, dass sich das deutsche Gesundheitssystem am Markt und nicht am Wohl der Patient*innen orientiert.**

In Hamburg ...

- erinnert sei an die [Schließung des Hafenkrankehauses](#), mit der 913 Betten liquidiert wurden. Durch die Bürgerinitiative „Ein Stadtteil steht auf“ und die große Beteiligung der Hamburger*innen wurde das Haus **1996** in ein „Gesundheitszentrum St. Pauli“ umgewandelt, aber die Betten waren weg.
- Im Jahr **2004** gab es einen breiten Widerstand gegen die Privatisierung der Krankenhäuser,

unter anderem den **Volksentscheid „Gesundheit ist keine Ware“**. Drei Viertel der Hamburger*innen sprachen sich gegen einen Verkauf aus. Vergebens, denn der CDU-geführte Senat konnte damals die Abstimmung ignorieren.

– **2018** wurde der [Hamburger Volksentscheid gegen Pflegenotstand im Krankenhaus](#) gestartet: In nur 21 Tagen unterschrieben 30.000 Menschen eine Gesetzesvorlage des [Hamburger Bündnisses für mehr Personal im Krankenhaus](#), die besagte, dass die Personalstärke in den Hamburger Krankenhäusern sich zukünftig am Bedarf der Patient*innen orientieren soll. Der Volksentscheid wurde aus formalen Gründen (wegen des sogenannten Koppelungsverbots und wegen teilweiser Bundeszuständigkeit) vom Hamburgischen Verfassungsgericht für unzulässig erklärt.

Der Senat hätte aber auch das Ergebnis übernehmen können. Was er aber nicht tat.

Attac Hamburg fordert eine Umkehr in der Gesundheitspolitik. Angesichts der Corona-Krise darf keine Zeit verloren werden.

Maßnahmen, die jetzt sofort zu treffen sind:

- Schaffung weiterer Kapazitäten in den Krankenhäusern bzw. Öffnung weiterer Krankenhauseinrichtungen
- Bereitstellung ausreichender Schutzmittel
- Sofortige höhere Bezahlung der Beschäftigten und zusätzliche unbefristete Einstellungen
- ehemalige Pflegekräfte zurückgewinnen

Mittelfristige Maßnahmen:

- Privatisierungen sind rückgängig zu machen
- Das Gesundheitssystem hat sich am Wohl des Menschen zu orientieren, nicht an den Interessen von Wirtschaft und Investoren
- Abschaffung der „Fallpauschale“
- Schluss mit der Zweiklassenmedizin
- Notwendige Investitionen in die öffentlichen Gesundheit zur Notfallbewältigung
- Umsetzung des „Hamburger Volksentscheids gegen Pflegenotstand im Krankenhaus“

Wir unterstützen:

<http://www.pflegenotstand-hamburg.de/>
www.hamburger-krankenhausbewegung.de
<https://gesundheit-soziales.verdi.de/>